

*Karl Aiginger*

## **Das europäische Modell des „Reformierten Wohlfahrtsstaates“**

Ein Bericht über die sozioökonomische Entwicklung  
in den letzten 25 Jahren

Ich zitiere aus dem soeben veröffentlichten OECD-Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung in den 60 Mitgliedstaaten im vergangenen Vierteljahrhundert (2000 bis 2025), veröffentlicht in Paris im November 2025:

„Rückblickend auf das Vierteljahrhundert müssen wir festhalten, dass die Entwicklung fast konträr zu den Prognosen der ‚Mainstream-Ökonomen‘ (sowohl aus der ‚Business Community‘ als auch aus der erlesenen Schar der ‚Economists‘) abgelaufen ist, aber auch für Politologen und Soziologen gab es Überraschungen.

Die Ökonomen hatten immer mit Verweis auf die Wachstumstheorie des 20. Jahrhunderts, die damals neoklassisch hieß, eine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen prognostiziert, besonders in Integrationsräumen und in offenen Wirtschaften. Seit dem ‚OECD Growth Project‘, das um die Jahrtausendwende publiziert wurde, weisen wir darauf hin, dass die Wachstumsunterschiede größer geworden sind und nicht immer die Länder mit niedrigem Einkommen schneller wachsen.

- Technologen und Integrationsexperten hatten erwartet, dass neue Technologien immer schneller diffundieren und dies die Angleichung von Einkommen beschleunigen würde.
- Kulturexperten hatten eine Vereinheitlichung kultureller und politischer Prozesse befürchtet.
- Politologen hatten gewarnt, dass sich ökonomische Interessen gegenüber sozialen durchsetzen müssten.
- Ökologen hatten gewarnt, dass die Ausbeutung der Ressourcen zu Lasten der Umweltverträglichkeit Vorrang haben werde.
- Ökonomen, besonders auch unserer Organisation, haben immer hohe Wohlfahrtsausgaben kritisiert, Pensionen und Gesundheit einer alternden Gesellschaft als beinahe unfinanzierbar dargestellt. Indirekt haben wir damit suggeriert, dass der Anstieg der Einkommensunterschiede in den Industrieländern also unvermeidbar wäre.

Heute wissen wir, dass die Konvergenz von Einkommen, Technologie, Konsumgewohnheiten eintreten kann, aber selbst in einer integrierten Weltwirtschaft nicht eintreten muss. Selbst innerhalb unserer Organisation, die zwar 60 Länder umfasst, aber doch vor allem jene mit höheren Einkommen, gibt es Einkommensunterschiede von 1:5. Vielleicht noch überraschender: Die Wachstumsunterschiede sind seit 1990 größer geworden. Einige Länder mit niedrigem Ausgangseinkommen haben auch ein niedriges Wachstum. Andererseits gibt es Länder mit überdurchschnittlichem Ausgangsniveau und persistent überdurchschnittlichem Wachstum. Aufgabe dieses Berichtes ist es, die Ursache der Wachstumsunterschiede aufzuzeigen.

Wenden wir uns den Fakten zu. Die Entwicklung der 60 Mitgliedsländer der OECD ist auch in den letzten zehn Jahren wieder unterschiedlich. Wir analysieren sie nach der 2010 gebildeten Typologie der Mitgliedsländer, die nunmehr von Ökonomen, der Business Community, Politologen, Historikern und Soziologen allgemein anerkannt ist.

Das Wachstum hat nach dem üblichen TS-BIP im letzten Vierteljahrhundert die in Übersicht 1 (siehe Seite 51) angegebenen Werte erreicht.

Es entspricht dem pädagogischen Auftrag der OECD, die Begriffe zu erklären, obwohl sie seit einem Jahrzehnt auch in kleinstformatigen

wissenschaftlichen Journalen und auflagenstärksten elektronischen Newsletters benutzt werden und auf jeder Internetseite anklickbar sind, etwa unter <http://www.extras.begriffe/OECD2025>.

TS-BIP heißt Triple Sustainable Bruttoinlandsprodukt.

Triple Sustainable bedeutet, dass zum alten Einkommensbegriff Zuschläge und Abschläge gemacht werden, je nachdem,

- ob soziale und gesundheitliche Risiken abgesichert sind,
- ob die natürlichen Ressourcen steigen oder überstrapaziert werden bzw. ob das Kyoto-Kiew-Peking-Protokoll über den Klimaschutz über- oder untererfüllt wird und
- ob die Staatsfinanzen für Zukunftsinvestitionen verwendet werden oder für vier bis fünf Ebenen der öffentlichen Verwaltung wie in mehreren vormals reichen, großen europäischen Ländern.

Zur Erinnerung: Das alte Bruttoinlandsprodukt war jenes holprige Gerüst, bei dem Reparaturkosten, Bürokratieaufwand, Emissionen als wohlfahrtserhöhend verbucht worden waren. Und nun zu der Entwicklung in den einzelnen Gruppen.

## **Gruppe C: Stagnationsländer**

Wir beginnen mit Gruppe C. Hier stagnieren Produktion und Einkommen, die Mitglieder werden daher kurz Stagnationsländer genannt, die Politik nennen wir Status-quo-Politik.

Wenn man dazu berücksichtigt,

- dass fast jedes Jahr die Pensionen gekürzt werden müssen, weil sich die letzte Pensionsreform als unzulänglich herausgestellt hat, die Steuereinnahmen wieder unter den Erwartungen geblieben sind;
- dass die in Betreuung der Arbeitsmarktverwaltung, der Gesundheitsstiftungen, der „Jugendbeschäftigungsfoundation Stronach“, der Noch-nicht-Rentner-Clubs im internationalen Durchschnitt ein Drittel der erwerbsfähigen Personen „geparkt“ sind;
- dass zu den normalen gesundheitlichen Problemen die psychischen Probleme der Langzeitarbeitslosen hinzukommen;

- dass vor den Pensionistenwohnsiedlungen jeden Donnerstagabend Demonstrationen von Jugendlichen stattfinden;
- dass die Behörden bei Umweltvergehen wegschauen, weil reflexartig die Drohung kommt: ‚Dann schließen wir den Betrieb oder dann erhöhen wir die Mieten‘;

wenn man das alles berücksichtigt, dann ist es verständlich, warum ein sensibles Wohlfahrtsmaß wie das Triple-BIP sinkt, wenn auch konventionelle Einkommensmaße noch einen Anstieg signalisieren.

Die Volkswirtschaften dieser Gruppe sind reformunfähig. Bei jedem Versuch, ein Problem zu lösen, bildet sich eine satte Mehrheit von Reformgegnern. Man muss auch zugeben, dass die Reformen oft kontrovers, asymmetrisch und bruchstückhaft ablaufen. Es wird in der Regel kein Konsens gesucht, und wenn er gesucht wird, dann wird er nicht gefunden. Die Länder befinden sich in einem gefährlichen Dilemma. Die Staatskassen sind durch das fehlende Wachstum und die Finanzierung der tatsächlichen oder versteckten Arbeitslosen so knapp bestückt, dass bei jeder Reform auch eine Kürzung mitgeplant wird. Jene, die begünstigt werden, gewinnen wenig, jene, die belastet werden, verlieren auch absolut und können auf frühere Reformen verweisen, wo ihnen zugesagt worden war, nie mehr etwas zu verlieren. Die Mitglieder der Ländergruppe C sehen, dass in Nachbarländern steigende Einkommen und Sozialleistungen möglich sind, die mobileren Staatsbürger wandern aus, wie es die Freiheit der Wahl des Wohnsitzes und des Berufes ermöglicht.

Diese Länder nutzen daher auch alle legalen und manchmal auch illegalen Instrumente, die Mobilität von Menschen und die Verlagerung von Firmen zu verhindern. Internationalisierung wird als Bedrohung gesehen, nicht als Chance. Die Bevölkerung wird zahlenmäßig geringer und ist überaltert, ein Einkommensgefälle von Alt zu Jung besteht, die besten Köpfe wandern aus.

Drei der 18 Länder in dieser Gruppe sind aus der Jahrtausendwende-EU, vier sind zentraleuropäische Erweiterungsländer (aus den 2004/2008 Erweiterungsrunden), drei aus dem Post-Putin-Russland, jeweils vier aus den islamischen Erweiterungsländern und aus Südamerika.

## Gruppe B: Neoliberale Länder

Die Länder der Gruppe B haben eine mittlere Einkommensdynamik, jedenfalls nach alter Volkseinkommensrechnung und im Vergleich zu den Stagnationsländern. Ihre wirtschaftspolitische Strategie wird oft als neoliberal bezeichnet. Dieses Konzept galt um die Jahrtausendwende als Leitbild von angloamerikanischen Ökonomen, Hauptfeind der Politologen, Darling of Business und als sehr erfolgreich.

Als wesentlichster Erfolg dieser Strategie wurde die Gesundung der englischen Wirtschaft gefeiert. Bekanntlich hatte England in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts seinen aus der frühen Industrialisierung und dem Reichtum der Kolonien stammenden Vorsprung im Pro-Kopf-Einkommen verspielt, war Jahrzehnt für Jahrzehnt geringer gewachsen als seine europäischen Partner. Als die heilige Margaret – bekanntlich war Margaret Thatcher von Papst Paul 2013 selig gesprochen und von George Bush IV. im Jahr 2018 posthum heilig gesprochen worden –, also als sie um 1980 die notwendigen Reformen einleitete, gab es zunächst ein Heulen und Zähneknirschen und ein Jahrzehnt der Stagnation und der steigenden Arbeitslosigkeit. In den 90er Jahren erholte sich die Wirtschaft, das Pro-Kopf-Einkommen überschritt wieder den europäischen Durchschnitt, die Arbeitslosigkeit sank unter die 5-Prozent-Marke. ‚Margaret’s Clan‘ wurde dann durch einen Sozialdemokraten abgelöst, ironischerweise, weil die englische Regierung, dem Rat der Ökonomen folgend, die vermögensabhängigen Steuern durch eine Kopfsteuer ersetzen wollte. Reich und Arm zahlen einen Penny und verhindern damit die allokatonsverzerrenden Wirkungen des Steuersystems. Aber zurück zum Sozialdemokraten, der dann 20 Jahre England führte (bevor er seinem Sohn die Regierungsgeschäfte übergab). Er änderte wenig am wirtschaftspolitischen Kurs. In den ersten drei Regierungsperioden versprach er, die lange vernachlässigte Infrastruktur zu verbessern. Allerdings fand die Verbesserung dann nicht statt, da sich Großbritannien immer mehr in das US-Abenteuer in Arabien verstrickte. Es ist billiger, Patienten die Reise in ein Land der Gruppe A zu zahlen, als selbst Spitäler zu bauen, lautet der neue Ratschlag der britischen Ökonomen. England wird deswegen heute manchmal als „*the most rapidly underdeveloping country*“ bezeichnet.

Parallel zur starken Performance Englands in den 90er Jahren gelang es der amerikanischen Wirtschaft, den Produktivitätsrückstand gegenüber der europäischen Wirtschaft wieder zu erhöhen, nachdem Europa Jahrzehnt für Jahrzehnt näher an den Technologieführer herangerückt war. Der Erfolg wurde begleitet von einer Reduktion der Wohlfahrtsausgaben; z.B. einem Maximum von fünf Jahren auf Lebenszeit, in denen eine Person Sozialleistungen beziehen kann. Dass die USA um diese Zeit die konjunkturstabilisierende Rolle der Geld- und Fiskalpolitik wieder nutzte, nachdem ihre Ökonomen sie weltweit denunziert hatten, ist nur ein Detail am Rande der neoliberalen Erfolgsphase.

Der Erfolg hielt bis 2005. Das erhöhte Sicherheitsstreben hat dann zur xenophobischen Abschottung im Inland geführt. Gleichzeitig explodierten die Ausgaben für den endlosen und erfolglosen Versuch der Neugestaltung des arabischen Raums. Ressourcen, die früher in Forschung und Ausbildung gesteckt worden waren, flossen immer mehr in Sicherheit und Bezahlung von Söldnern. Die Steuern mussten erhöht werden, aber nicht um Investitionen in die Zukunft zu finanzieren, sondern um Löcher zu stopfen, der Dollar wertete mehrfach ab. 2017 hat bekanntlich Europa (natürlich beschränkt auf die Jahrtausendwende-EU) die USA in der Produktivität pro Beschäftigten überholt.

Kernelemente des neoliberalen Modells sind:

- Reduktion der Staats- und Steuerquote um gut 10 Punkte in Richtung 30 bis 35 Prozent des BIP,
- Deregulierung des Arbeitsmarktes,
- Liberalisierung der Produktmärkte bei gleichzeitig permissivem Verhalten gegen neue Monopole und vertikale Zusammenschlüsse und Unvereinbarkeiten (Rechnungsprüfer, Berater, Analysten); Letzteres ist kein Kernelement des Modells, aber faktisch oft gegeben,
- Vereinfachung der Steuersysteme zu einer „flat tax“ bei Einkommen, einer Per-Capita-Steuer für Vermögen,
- Rückzug des Staates aus Forschung, Ausbildung, Gesundheit, Pensionen, Sicherheit,
- Rückzug aus Klimaschutz, Artenschutz, Energie-, Emissionsbesteuerung,
- Privatisierung von Infrastruktur plus laxer Regulierung.

Das neoliberale Modell wurde und wird außer in Großbritannien und den USA in 25 weiteren OECD-Mitgliedsländern angewandt: besonders dann, wenn die wirtschaftlichen Probleme sehr groß waren, die Staats- und Steuerquote hoch war und schrittweise oder problemadäquate Reformen zu lange aufgeschoben wurden oder mangels Konsens nicht erreichbar waren. Die Beurteilung, ob es erfolgreich oder erfolglos war, liegt an dem Zielsystem, das ein Wirtschaftsmodell erreichen soll. Gemessen an der Steigerung der Einkommen ist es erfolgreicher als das Status-quo-Modell. Allerdings sind die Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt, dass ähnliche Spannungen, wie es im Status-quo-Modell zwischen Alt und Jung gibt, hier zwischen Reich und Arm auftreten. Wohngebiete müssen mit privater Polizei geschützt werden, bei der Arbeitsvermittlung werden Verhaltensgutachten und Familienbürgschaften dringender verlangt als Fähigkeitsnachweise. Gesundheitsleistungen sind nach Einkommen und Bezirk sehr unterschiedlich, ebenso variiert die Qualität der Schulen in einem von der OECD oft gerügten Ausmaß (vergleiche hier das viel zitierte Riga-Rating der Schulqualität). Es gibt starke Zuwanderung und starke Spannungen zwischen letzter und drittletzter Generation der Zuwanderung, aber auch innerhalb der arbeitenden und arbeitslosen Inländer.

Zieht man die Abschlüge für soziale, ökologische und finanzielle Zukunftsbelastung ab, ist das Wachstum kaum besser als im Status-quo-Modell. Je nach Bedeutung, die man dem Einkommen auf der einen Seite oder der Chancengerechtigkeit und der Verteilung auf der anderen Seite beimisst, ist das neoliberale Modell dem Status-quo-Modell über- oder unterlegen.

Das Modell wird von einem Drittel der Jahrtausendwende-Mitglieder und einem Drittel der zentraleuropäischen Erweiterungsländer angewandt, in den meisten Ex-Sowjetunionstaaten, aber nur noch in einem Drittel der südamerikanischen OECD-Mitgliedsländer, zwei islamische Staaten sind dem Modell gefolgt, beide kämpfen mit einer Spaltung nach nationalen Kriterien.

## **Modell A:**

### **Das Reformierte Europäische Wohlfahrtsmodell**

Modell A nennen wir seit 2010 das „Reformierte Europäische Wohlfahrtsmodell“. Sein Erfolg ist eine gewisse Sensation, da Ökonomen – auch unserer Organisation – die hohen Kosten des Wohlfahrtsstaates als Wachstumsbremse gesehen haben, die Europa unfähig macht, weltweit konkurrenzfähig zu sein. Auch Politologen hatten das „Korporatistische Modell Europas“ kritisiert, weil Teile der Entscheidungsfindung dem Parlament entzogen wurden, Marxisten, weil es nicht in eine antagonistische Dichotomie zwischen Kapital und Arbeit passt, Soziologen hatten teilweise eine Bevormundung der Bürger durch den Staat befürchtet. Und Krisen hatte es wirklich in jedem einzelnen Staat gegeben. So musste z. B. Schweden immer wieder zum Instrument der Abwertung der Währung greifen, um vergangene Kostensteigerungen einzufangen, bis es seinen Einkommensvorsprung verloren hatte.

Es gab sicher auch Wissenschaftler, die schon früh durch tiefer greifende Analysen die alte Dichotomie zwischen konservativer Erstarrung und neoliberaler Reform aufzulösen versuchten:

- Gosta Esping-Andersen z. B., wenn er von drei Formen des Welfare Capitalism sprach,
- Richard Freeman, wenn er zahlreiche Modelle des Arbeitsmarktes gegeneinander antreten ließ,
- Stephan Schulmeister, wenn er den Interessen von Kapital und Arbeit jene der Rentiers gegenüberstellte und von verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten dieser drei Interessengruppen sprach und einem niedrigen Zinssatz im Vergleich zu Wachstumsrate mehr Bedeutung beimaß als der damals viel zitierten Steuerhöhe,
- Gro Harlem Brundtland, wenn sie den Umbau der Marktwirtschaften zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem einforderte,
- die Lissabonstrategie der EU, die auf Wachstum und Ausbildung setzte, und nicht zuletzt
- die Ökonomen unserer Organisation, als sie im OECD-Growth-Project die Bedeutung von Forschung und Humankapital heraus-

fanden, diese Erkenntnis aber in den aktuellen Länderberichten unserer Organisation auf die Forderung nach Abbau der Arbeitsmarktregulierung reduziert fanden.

Aber wirklich geglaubt hat an die Reformierbarkeit des Europäischen Modells bei prinzipieller Beibehaltung des Wohlfahrtsstaates niemand. Sie basiert aus heutiger Sicht auf folgenden Elementen:

### **Privates plus öffentliches Kostenbewusstsein**

Die ökonomische Theorie lehrt, dass überall dort, wo nicht der Markt als Kostenbremse auftritt, sich Eigeninteressen durchsetzen. Das können Interessen von Unternehmern sein, Monopolgewinne einzustreifen oder den Markt vor Newcomern abzuschotten. Das können Interessen von Gewerkschaften sein, an den Renten zu partizipieren und Mitglieder besser zu behandeln als Arbeitslose oder Nichtmitglieder, das kann das Interesse der Bürokratie an bequemen Arbeitsbedingungen sein. Alles zusammen nicht aus verwerflichen Motiven, sondern entsprechend der menschlichen Eigenschaft, Altes dem Neuen vorzuziehen und die Kosten der Veränderung höher zu schätzen als die Chance von Neuem. („Alte Regeln sind gute Regeln, neue Regeln sind schlechte Regeln“ könnte man das nennen in Abwandlung eines ‚ehernen Steuergesetzes‘.) Staaten der Gruppe A lassen nicht zu, dass die Arbeitskosten stärker steigen als die Produktivität und dass die Staatsausgaben stärker steigen als die Einnahmen.

Ausnahmen sind möglich, müssen aber gut begründet sein, etwa mit einem konjunkturellen Einbruch, mit besonders hohen Chancen einer neuen Technik oder Tätigkeit. Wenn das nachvollziehbar ist, dann investiert die Gesellschaft sogar stark, aber die *Baseline* ist ein vorsichtiges Szenario mit einem über den Konjunkturzyklus leicht positiven Budgetsaldo (zwischen einem halben Prozent und 2 Prozent des BIP) und einer Arbeitskostensteigerung, die leicht unter der Produktivität liegt, damit individueller Spielraum und Platz für Bewegung gegeben ist.

### **Langsame, unaufgeregte Senkung der Steuerquote**

Obwohl es im Jahrtausendkonflikt um die ‚optimale Staatsquote‘ noch immer keine wissenschaftlich einheitliche Erkenntnis gibt, hat sich durchgesetzt, dass Staatsquoten um 50 Prozent doch zu hoch sind, solche um 30 Prozent zu niedrig. Die meisten Staaten der Gruppe A versuchen, an die 40-Prozent-Marke zu kommen, es ist aber immer zu überprüfen, wofür das Geld ausgegeben und wie es eingenommen wird. Sie sind großzügig bei unkalkulierbaren Risiken, bei Zukunftsausgaben und bei Ausgaben für niedrige Einkommensbezieher. Sie verlangen Beiträge von den Vermögenden. Zugute kommt den europäischen Ländern, dass die Wirtschaftsräume ‚Merkur Sud‘ und ‚Arab Independent‘ eine Mindestvermögenssteuer beschlossen haben, der sich zwei Drittel der ‚Post-Putin-Länder‘ angeschlossen haben. Dass die Steuerquote noch immer höher als in der Gruppe B liegt, ist klar, und dass sie viel niedriger ist als in der Status-quo-Gruppe C ist ein Faktum. Wichtiger ist, dass die hohe Steuerquote in den Stagnationsländern *erlitten* ist (durch sinkende Steuereinnahmen und immer wieder umgeworfene Reformen), in den Ländern des Reformierten Wohlfahrtsstaates jedoch für soziale Zwecke und für Zukunftsinvestitionen *geplant*.

### **Optimierung der ökonomischen Anreize**

Bei der Höhe der verbleibenden Sozialleistungen halten es die Länder des Reformierten Wohlfahrtsstaates für zentral, die Anreize richtig zu setzen. Bei einer durchschnittlichen Pensionsleistung von 80 Prozent des Letztbezuges (netto, und zwar 40 Prozent staatlich, 20 Prozent Firmenpension, 20 Prozent privat) ist es wichtig, dass die Teilzeitpensionisten nur einen Teil ihrer Pension verlieren, wenn sie zwei Tage in der Woche 30 Wochen im Jahr arbeiten – meist in beratender, koordinierender Funktion, oft an der Grenze zwischen oder in gänzlich neuen Berufsbildern. Seit 2020 besteht in dieser Ländergruppe Arbeitskräfteknappheit. Der Staat hat ein Interesse, alle Arbeitsmarktreserven auszuschöpfen. Wer seinen Job verliert, soll trotz der 70 Prozent Ersatzrate einen Anreiz haben, auch Teilzeitarbeit, Tätigkeiten für NGOs oder Community Jobs auszufüllen. Ein weiterer Anreiz zur raschen

Wiederaufnahme von Beschäftigung besteht darin, dass jede(r), dessen Einkommen über dem Medianeinkommen liegt, mit jedem Monat ohne Arbeit Pensionspunkte verliert (die aber durch längeres Arbeiten zurückgewonnen werden können). Wer sich der Gesundheitsvorsorge unterzieht, hat nicht nur niedrige Selbstbehalte, sondern gewinnt ebenso Pensionspunkte, wie jede(r), der sich im modularisierten, zertifizierten Weiterbildungssystem höher qualifiziert.

### **Regulierung von Arbeits- und Produktmärkten**

Die Produktmärkte sind in dieser Gruppe stärker liberalisiert als in der Stagnationsgruppe. Dies ist auch leichter, weil in einer vollbeschäftigten Wirtschaft die Anpassungskosten für die nationalen Champions geringer sind, und weil die Wirtschaftsdynamik zu einem stärkeren Andrang von neuen Firmen und Dienstleistern führt. Der Unterschied zur Gruppe C (Stagnationsländer) besteht weniger in den ursprünglichen Liberalisierungsschritten als in der ernsthaften Wettbewerbskontrolle im liberalisierten Markt (neue Regulierungsinstanz). Die Regulierungsinstanzen für Strom, Telekom, Medien, Verkehr verhindern in dieser Ländergruppe neue Monopolbildungen, vertreten aktiv Interessen der Kunden, den Ausschluss von sozialen Gruppen. Sie beobachten auch die langfristige Qualität der Produkte und den Ausbau der Kapazitäten. In Ländern der Stagnationsgruppe sind es oft noch Vertreter der Ex-Monopole, in der Gruppe B wird der neuen Oligopolbildung keine Aufmerksamkeit geschenkt und der Kapazitätsausbau vernachlässigt.

Die Regulierung der Arbeitsmärkte kann nicht einfach in alte Schemen eingeteilt werden. Die Flexibilitäten für Firmen sind sicher höher als in den beiden anderen Modellen, aber oft mit Auflagen und Zahlungen verbunden (bei stark schwankender Beschäftigung sind die Beiträge höher). Ebenso sind Arbeitnehmer weniger geschützt, haben aber mehr Anreize und Unterstützung bei der Suche nach neuer Beschäftigung. Diese Unterstützung ist auf hohem technischem und organisatorischem Niveau, zahlreiche private, halbprivate, öffentliche Stellen konkurrieren um die Höherqualifikation und Vermittlung. Die Beratung findet ohne den schalen Beigeschmack einer impliziten Schuldzuweisung statt und wird als Qualifizierung in einer sich rasch verändernden

Umwelt verstanden. Das starke Wachstum und die aktive Gegensteuerung der Wirtschaftspolitik machen strukturellen Wandel leichter verträglich: Makrosicherheit ermöglicht Mikrowandel.

### **Technologische Exzellenz ist ein Ziel der Wirtschaftspolitik**

Die Länder der Gruppe A haben die höchsten Einkommen, die höchsten Sozialleistungen und die anspruchsvollsten Umweltstandards. Sie haben erkannt, dass sie nur dann konkurrenzfähig sind, wenn sie auch die höchste Produktivität haben. Sie erreichen diese Position mit einer Forschungsquote von 4 Prozent, nachdem sie das Lissabonziel von 3 Prozent im Jahr 2008 erreicht hatten (die meisten Stagnationsländer und zwei Drittel der Gruppe B haben es heute noch nicht erreicht!). Der Anteil der Akademiker an den Beschäftigten beträgt 70 Prozent der Arbeitsbevölkerung. Ein erheblicher Teil der Forschung findet in den Unternehmungen statt, aber auch dieser wird durch eine aktive Innovationspolitik unterstützt. So können forschende Betriebe einen Forschungsfreibetrag von 30 Prozent als fiktive Betriebsausgaben absetzen, und der Unternehmenssteuersatz reduziert sich mit jedem Punkt Forschungs- und Ausbildungsausgaben auch um einen Prozentpunkt. Der Staat, der sich im Modell 1 aus Finanznot, im Modell 2 aus ideologischen Gründen aus der Industrie- und Dienstleistungspolitik zurückgezogen hat, betrachtet Forschungs- und Ausbildungspolitik als gemeinsames Anliegen von Staat, Firmen und Konsumenten, weil der gesellschaftliche Ertrag von Forschung größer ist als der private. Er geht auch mit gutem Beispiel voran: Verwaltungseinheiten, die nicht die neueste Technologie nutzen und deren Serviceleistungen von Kunden nicht positiv bewertet werden, verlieren pro Jahr 3 Prozent ihrer Ausgabenbefugnis.

### **Ökologische Vorreiterposition**

Alle Mitglieder der Gruppe A haben das Kyoto-Kiew-Peking-Protokoll unterschrieben, das zu einer Reduktion der Treibhausgase von 3 Prozent pro Jahr verpflichtet. Der frühere Harvard-Ökonom Michael Porter (jetzt Universität Helsinki) hat mit dem Porter-Diamanten nicht nur der Business-Welt Rezepte zur Analyse der Wettbewerbsposition von Industrien geliefert, er wurde 2015 für die damals nicht so bekannte Por-

ter-Hypothese zur Umwelttechnologie mit dem Nobelpreis ausgezeichnet (erstmalig in diesem Jahr fielen Nobelpreis und alternativer Nobelpreis zusammen). Die Porter-Hypothese besagt, dass Länder, die in der Umwelttechnologie führend sind, einen dauerhaften Konkurrenzvorteil erlangen, wenn dann die Umweltstandards schrittweise, aber doch höher gesetzt werden. Eine Metastudie zeigte, dass von 783 wissenschaftlichen Arbeiten, welche die These untersucht haben, 423 einen signifikanten Beweis für die Porter-These gefunden haben, eine Erfolgsrate von 54 Prozent ist für ökonomische Studien außergewöhnlich hoch. In allen Ländern der Gruppe 3 sind grüne Parteien zumindest vorübergehend an der Regierung, aber jedenfalls ein von allen geschätzter und umworbener Partner.

### **Konsensuale drei- bis vierpolige Entscheidungsstrukturen**

Die Entscheidungsfindung in dieser Gruppe A hat drei Pole: Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In einigen Ländern kommt ein vierter Partner dazu, einmal ist es die Ökologiebewegung, dann wiederum Regionalvertreter, einmal eine Jugendvertretung, eine religiöse Gruppe oder die Pensionisten. Politik ist aber weder die Summe der Interessen von zwei Partnern (zu Lasten eines Dritten), noch wird Wirtschaftspolitik von der Regierung delegiert. Die Regierung gibt die Richtung der Reformen vor und vertritt die Interessen der Gruppen mit schwacher Interessenvertretung. Nicht immer können alle Partner mitentscheiden, aber nie ist ein Partner mehrere Male hintereinander ausgeschlossen. Die Reformen werden gut argumentiert und bei Regierungswechsel erfahrungsgemäß nicht zurückgenommen. Experten, die vorübergehend einen schlechten Ruf hatten, weil sie als langsam, bedächtig, konservativ eingestuft wurden, werden jetzt wieder Consultants vorgezogen, nachdem diese oft eher beliebige, aber immer kurzfristige, erwünschte Empfehlungen gegeben, aber nie an einer Verbreiterung des Konsens gearbeitet oder eine Verantwortung für das Scheitern übernommen haben.

Mitglieder dieser Gruppe sind fünf nordeuropäische Länder, zwei zentraleuropäische (eines war EU-Mitglied 2000, eines nicht), je drei in Post-Putin-Russland, Nordarabien, Asien und Südamerika, sowie ein nordamerikanisches Land.“

Der OECD-Bericht schließt mit dem Hinweis, dass die klare Datenlage nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass oft Erkenntnisse, wenn sie einwandfrei belegbar sind, bereits wieder veraltet sind und stark aus dem Blickwinkel bestehender Paradigmen gesehen werden, während schon neue gelten, aber noch nicht erkannt werden.

## Übersicht 1: Wachstum nach Ländergruppen

Wachstum p.a.	TS-BIP	Altes BIP
Ländergruppe A	5%	3%
Ländergruppe B	1%	1,5%
Ländergruppe C	-1%	1%

Anmerkung: TS-BIP = Triple Sustainable BIP

Quelle: OECD, 2025.

## Übersicht 2: Acht Kernelemente der Wohlfahrtspolitik

Privates und öffentliches Kostenbewusstsein

Langsame, aufgabenorientierte Senkung der Steuerquote

Optimierung der ökonomischen Anreize

Flexibilisierung und Re-Regulierung von Arbeits- und Produktmärkten

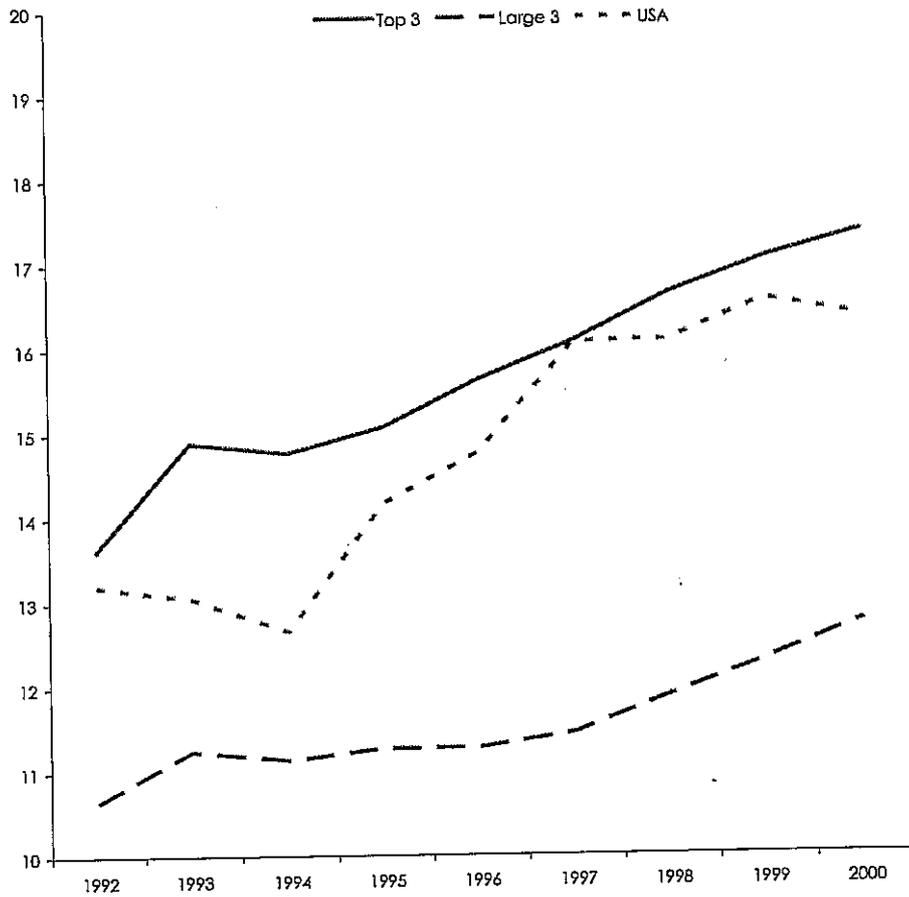
Technologische Exzellenz als Ziel

Ökologische Vorreiterposition

Konsensuale, drei- bis vierpolige Entscheidungsstruktur

Notwendigkeit langfristiger, konsistenter Wirtschaftspolitik

Abbildung 1: Investitionen in die Zukunft



Anmerkung: Zukunftsinvestitionen = R&D-Quote + Ausbildungsausgaben + ICT-Ausgaben (relativ) zu BIP

Abbildung 2: Staatsausgaben in % des BIP

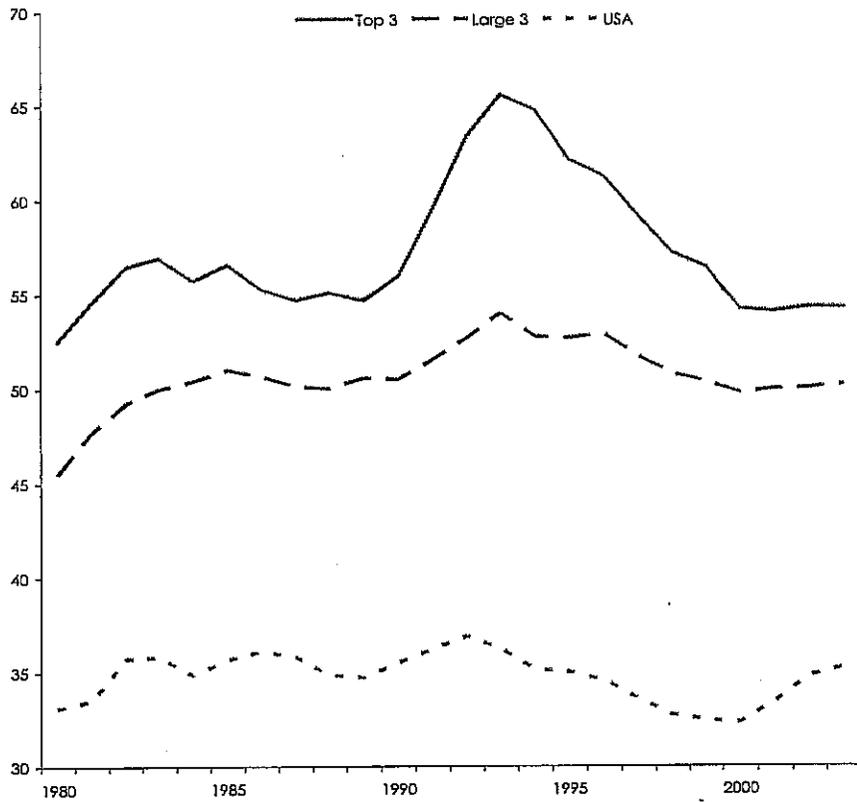


Abbildung 3: Sozialausgaben in % des BIP

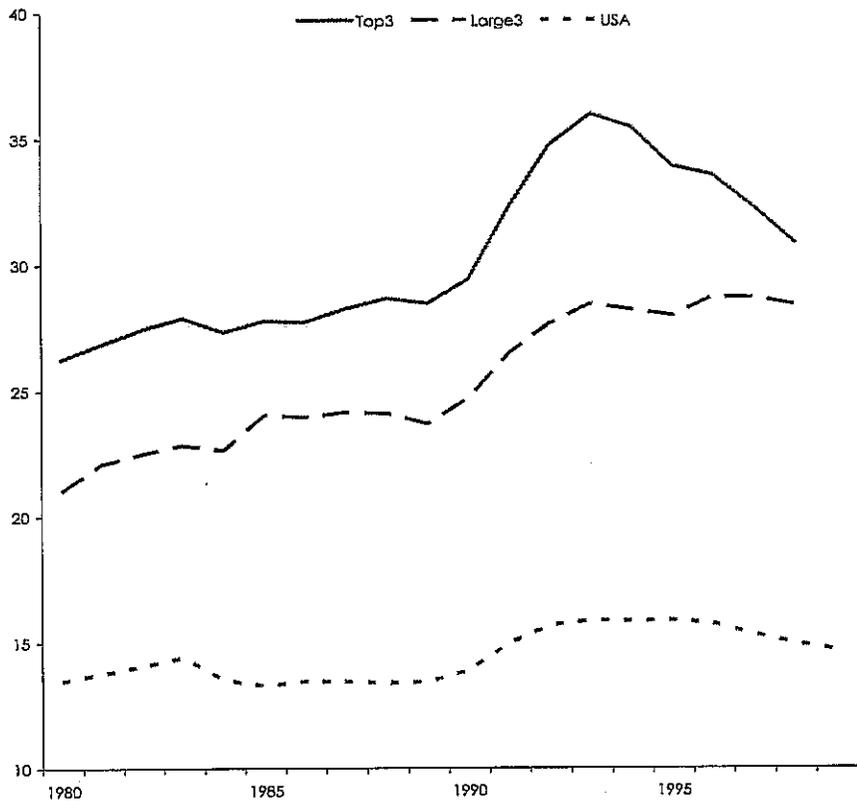


Abbildung 4: Performance Top 3 bzw. Large 3 vs. EU

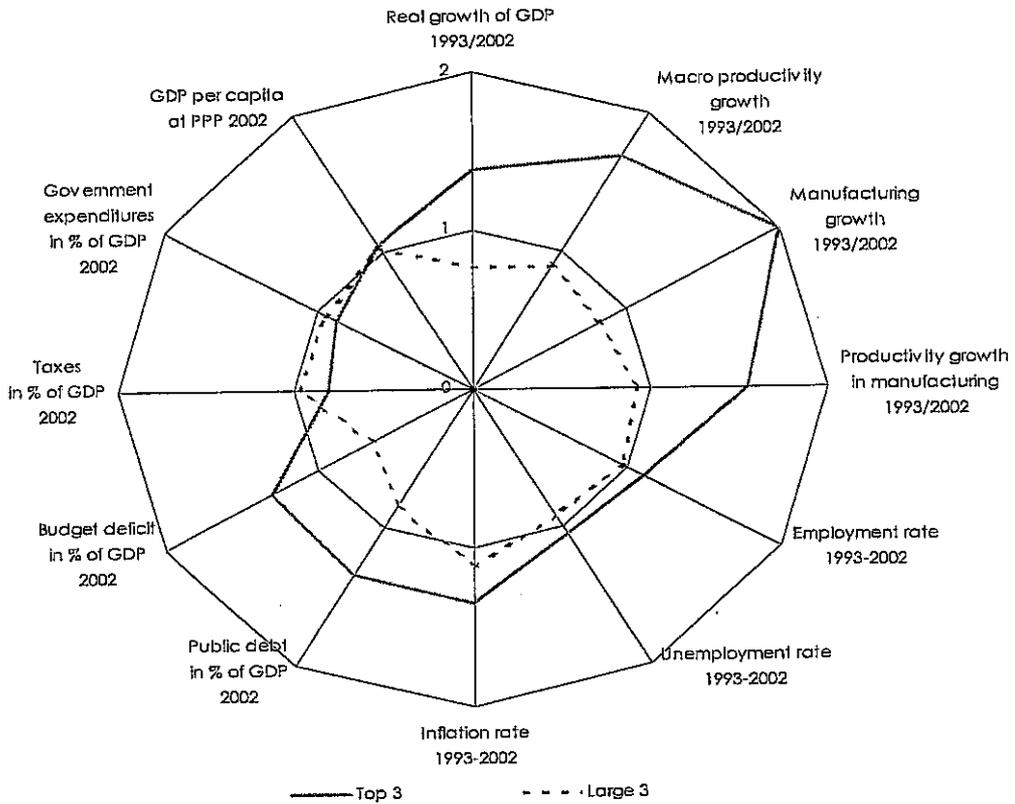
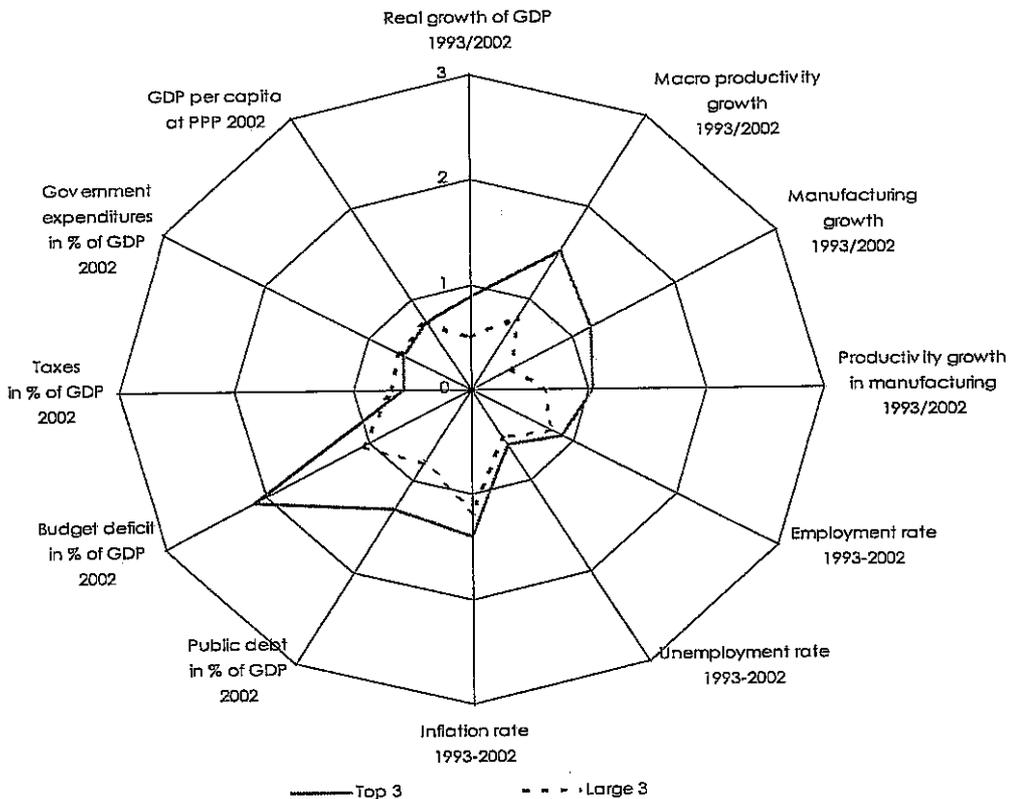


Abbildung 5: Performance Top 3 bzw. Large 3 vs. USA



### Übersicht 3: Altes vs. Neues Europäisches Wohlfahrtsmodell (NEM)

Altes Modell	Neues Modell
Arbeitsmarkt und Firmenstrategien	
Sicherheit im bestehenden Job	Unterstützung bei Arbeitssuche
Hohe Ersatzraten	Anreize, neue Jobs anzunehmen
Strukturwandel in bestehenden Firmen	Gründungen, neue Dienstleistungen
Umfassende Gesundheits-, Pensionsvorsorge	Leistungen teilweise von Eigenleistungen abhängig
Regulierung/Monopole	Flexibilität für Firmen und als Recht von Arbeitnehmern
Sichere Vollzeit-, Langzeitjobs	Teilzeitverträge als bewusste Wahl (mit Regeln)
Elemente der Wohlfahrtspolitik	
Vorrang Preisstabilität	Vorrang Wachstum und Produktivität
Asymmetrisch steigende Defizite	Fiskalische Stabilität (über Zyklus)
Anreize für Investitionen (Bau, Ausrüstung)	Forschung, Ausbildung und Diffusion von Technologien
Industriepolitik (Kredite)	Förderung von Regionen, Industrieparks
Industrielösungen, laxe Wettbewerbspolitik	Gründungsförderung, Venture Capital, Stärkung von Clusters

### Literatur

- AIGINGER, K., The New European Model of the Reformed Welfare State (NEM-RWS), European Forum Working Paper 2/2002, Stanford University
- AIGINGER, K., Growth difference between Europe and the US in the nineties: causes and likelihood of persistence, European Forum Working Paper 1/2002, Stanford University
- AIGINGER, K., & LANDESMANN, M., Competitive economic performance: the European view, Conference on Transatlantic Perspectives on US-EU Economic Relations: Convergence, Conflict & Cooperation, Harvard University, April 2002 WIFO Working Paper No. 179, June 2002

AIGINGER, K., A three tier strategy for successful European countries in the nineties, in: WIFO Working Paper No 205, 2003  
OECD, Ein Bericht über die sozioökonomische Entwicklung 2000 bis 2025, Paris 2025, unveröffentlicht, darf nicht zitiert werden!

Herbert Matis / Dieter Stiefel (Hrsg.)

# Österreich 2010

Die wirtschaftliche und soziale Zukunft  
unseres Landes

**LINDE**  
**POPULÄR**